|  |
| --- |
| **DE**  ***Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss***  ***Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung – Chancen und Herausforderungen für die Europäische Union, Lateinamerika und die Karibik*** |

ACHTES TREFFEN DER ORGANISIERTEN ZIVILGESELLSCHAFT EUROPÄISCHE UNION-LATEINAMERIKA/KARIBIK

11./12. MÄRZ 2015, BRÜSSEL (BELGIEN)

SCHLUSSERKLÄRUNG

\*\*\*

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss veranstaltete am 11./12. März 2015 an seinem Sitz in Brüssel das Achte Treffen der organisierten Zivilgesellschaft EU-Lateinamerika/Karibik.

An diesem Treffen nahmen Vertreter der zivilgesellschaftlichen Organisationen der Europäischen Union, Lateinamerikas und der Karibik teil. Zu den Teilnehmern gehörten Vertreter der regionalen und nationalen beratenden Einrichtungen, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und anderer Organisationen wirtschaftlicher und sozialer Interessenträger.

Die Teilnehmer verabschiedeten diese Schlusserklärung an die Adresse der Staats- und Regierungschefs, die am 10./11. Juni 2015 in Brüssel zu dem Gipfeltreffen EU-CELAC zusammenkommen.

# **Einleitung**

Die Teilnehmer:

* möchten ihr Engagement für den Dialog, die Zusammenarbeit und gemeinsame Maßnahmen der Zivilgesellschaft sowohl in als auch zwischen den beiden Regionen unterstreichen und bekräftigen ihren Wunsch, sich als aktive Partner und Akteure in die biregionale strategische Partnerschaft einzubringen. Auf dem Treffen wurden die Themen Klimawandel, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Ungleichheit und informeller Sektor erörtert;
* betonen, dass die Zusammenarbeit zwischen den beiden Regionen ein sehr wirksames Instrument ist, um die Faktoren zu fördern, die die nachhaltige Entwicklung begünstigen, und zugleich jene Faktoren zu bekämpfen, die dieser Entwicklung im Wege stehen könnten. Angesichts der bevorstehenden Klimakonferenz in Paris, der Konferenz der Vereinten Nationen zur Entwicklungsfinanzierung, und der Verhandlungen über die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung und vor dem Hintergrund des Europäischen Jahres für Entwicklung rückt dieses Thema noch stärker in den Vordergrund;
* unterstreichen, dass die Schlussfolgerungen dieses Treffens den Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfeltreffen EU/CELAC aus folgenden Gründen erstmals direkt vorgelegt werden: es geht um die Anerkennung des Beitrags der organisierten Zivilgesellschaft auf beiden Kontinenten seitens der Gipfelteilnehmer sowie ein stärkeres Engagement aufgrund der direkten Entgegennahme unserer Vorschläge.

Nach umfassender Debatte werden folgende Botschaften der Schlusserklärung hervorgehoben:

1. Die Notwendigkeit einer Stärkung der biregionalen Partnerschaft auf der Grundlage gemeinsamer Werte mit folgenden Zielen:
2. aktive Zusammenarbeit für eine Demokratisierung der Global Governance und Bewältigung von global aufkommenden Risiken;
3. gemeinsames Handeln zur Förderung der Entwicklung und Verbesserung der internationalen Integration beider Regionen in einer multipolaren Welt;
4. enge Zusammenarbeit bei bestimmten Themen und Bereichen von gemeinsamem Interesse, die zur Verbesserung des Wohlergehens der Menschen beitragen.

Die gemeinsamen Werte, die historischen Wurzeln, die Demokratie, der Warenverkehr sowie die Migrations- und Investitionsströme zwischen beiden Regionen sind Faktoren, welche die Grundlage für das große Potenzial einer einzigartigen strategischen Partnerschaft bilden. Eine solche Partnerschaft sucht ihresgleichen und es wäre schade, diese Chance ungenutzt zu lassen.

Es ist daher notwendig, konkretere, umsetzbare und gut messbare Abkommen auszuhandeln und zu begleiten sowie das Konzept der strategischen Allianz zu erneuern. Auf der Grundlage einer gleichberechtigten Partnerschaft sollen Ziele erreicht werden, die mobilisieren können, mit mehr politischem Willen und einer stärkeren Einbindung der Zivilgesellschaft im Hinblick auf eine größere Legitimität der Abkommen.

1. Der Klimawandel ist ein dringendes, unumgängliches und globales Problem mit Auswirkungen auf die Menschenrechte. Es ist daher von wesentlicher Bedeutung, einen Paradigmenwechsel mit einem gerechten Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft zu vollziehen. Darum ist es wichtig, auf der Pariser Konferenz der Vertragsparteien ein ehrgeiziges und rechtlich bindendes Abkommen, mit einem gemeinsamen System zur Messung, Berichterstattung und Nachprüfung zu erreichen. Dieses sollte Verpflichtungen zu Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel für alle Länder enthalten, um den weltweiten Temperaturanstieg wirksam auf höchstens 2°C zu begrenzen.

Die Teilnehmer fordern eine Umweltpolitik zur Bewältigung der Ungleichgewichte zwischen den einzelnen Ländern und innerhalb der Mitgliedstaaten. Sie sehen die Eckpfeiler einer neuen internationalen Klimaschutzregelung im Grundsatz gemeinsamer, aber differenzierter Verantwortlichkeiten und unterschiedlicher Kapazitäten.

Sie bekräftigen ferner, dass ein gerechter Übergang für die Gewährleistung einer nachhaltigen Entwicklung unerlässlich ist. Hierfür muss ein Rechtsrahmen geschaffen werden, der eine saubere, dezentralisierte und unabhängige Energieerzeugung begünstigt. Ebenso bedarf es einer ehrgeizigen Sensibilisierungskampagne zusammen mit der Zivilgesellschaft, um eine Finanzierung sicherzustellen, die den hochgesteckten Zielen gerecht wird.

1. Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung sollte durch eine für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit erreicht werden. Die Umwelterfordernisse und die durch die Krise noch verschärften sozialen Probleme erfordern eine Bewertung der Auswirkungen auf das Produktions- und Konsummodell. Die gegenwärtige Krise macht Veränderungen der wirtschaftlichen und sozialen Prioritäten notwendig. Dies setzt öffentliche und private Investitionen in der gewerblichen Wirtschaft, der Bildung, Forschung und Innovation sowie in die Schaffung gut funktionierender Infrastrukturen und eine besseren Wohlstandsverteilung voraus.
2. Die Teilnehmer sprechen sich für eine Vertiefung der Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen den beiden Regionen aus. Die Wissensmobilität zwischen den beiden Regionen sowie die positiven Auswirkungen der Innovation und der Belebung der Wirtschaft sind wichtige Schwerpunkte. Ebenso weisen die Teilnehmer auf die Notwendigkeit der Vertiefung der regionalen Integration hin und fordern die Europäische Union auf, diese Prozesse zu unterstützen.
3. Der informelle Sektor und die nicht angemeldete Erwerbstätigkeit sind Hauptursachen für das Fortbestehen von Armut, Ungleichheit und das Defizit im Bereich der nachhaltigen Entwicklung. Der Übergang zum formellen Sektor bedeutet menschenwürdige Arbeit, mehr Sicherheit für die Arbeitnehmer, ein besseres Steuerwesen und damit die Förderung nachhaltig wirtschaftender Unternehmen. Die Teilnehmer drängen auf eine aktive Beschäftigungspolitik zur Zurückdrängung nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit und fordern konkrete Programme für die am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen. Ein Austausch erfolgreicher Erfahrungen zwischen den Regionen ist wünschenswert. Die Teilnehmer rufen dazu auf, im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union ein Programm für den Übergang von der informellen zur formellen Wirtschaft zu entwickeln.

# **Klimawandel**

Die Teilnehmer:

## verpflichten sich, gemeinsam mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft die Bürgerinnen und Bürgern ihrer jeweiligen Region für den Klimaschutz als globaler Imperativ zu sensibilisieren und sie darüber zu informieren. Die Zivilgesellschaft vermag es, die Klimaschutzagenda voranzubringen und die Länder für ihre Verpflichtungen in die Verantwortung zu nehmen. Eine informierte Zivilgesellschaft ist die Grundvoraussetzung, um den politischen Willen der Regierungen zu einem entschiedenen Vorgehen zu stärken;

## sind der Ansicht, dass die Umweltzerstörung und insbesondere der Klimawandel unter anderem direkte Auswirkungen in Form der Verletzung von Menschenrechte der Bevölkerung der beiden Regionen haben; so beeinträchtigen sie das Recht auf eine gesunde Umwelt, ein menschenwürdiges Leben, körperliche Unversehrtheit, Gesundheit, auf gesunde Ernährung und ein Leben in Familie mit guten Lebensbedingungen;

## erachten Klimaschutzmaßnahmen für dringend geboten und unvermeidlich. Die Zunahme von Naturkatastrophen, vor allem in den kleinen Inselstaaten, Zwangsumsiedlungen der Bevölkerung, insbesondere der indigenen Bevölkerung (Übereinkommen Nr. 169 der IAO), der Verlust der biologischen Vielfalt und schädliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit zählen hier zu den größten Risiken. Wirtschaftliche und soziale Entwicklung kann nur dann dauerhaft sein, wenn die erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden; fordern daher, dass der Klimawandel auch in Zukunft ein zentrales Thema der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und der CELAC und des nächsten Aktionsplans EU-CELAC bleibt;

## empfehlen, in den neuen Aktionsplan ein gemeinsames Programm zur Umstellung auf eine grüne Wirtschaft aufzunehmen, wobei der wachsenden Nachfrage nach Energie mit einem auf nachhaltigen Technologien, deren Transfer und Mechanismen zur Finanzierung entsprochen werden muss, wobei es überlieferte Kenntnisse und vor Ort vorhandenen technisches Wissen zu nutzen gilt;

## sind der Auffassung, dass die nachhaltige Entwicklung mit den Bemühungen zur Messung, Eindämmung und Anpassung an den Klimawandel vereinbar ist. Der Übergang zu einem kohlenstoffarmen Wirtschaftssystem ist ein wichtiger Faktor für die nachhaltige Entwicklung. Die Verringerung der negativen externen Effekte, z.B. die Vorteile von weniger Umweltverschmutzung für die Gesundheit, ist ein wichtiger Faktor für dieses Wachstum. Zu diesem Zweck ist ein stabiles, verbindliches weltweites Klimaabkommen für eine nachhaltige menschliche Entwicklung erforderlich;

## fordern die Staaten auf, sich auf der Pariser Konferenz der Vertragsparteien auf ein ehrgeiziges Klimaschutzübereinkommen mit Verpflichtungen zu einigen, die den weltweiten Temperaturanstieg wirksam auf höchstens 2°C begrenzen können;

## anerkennen die gemeinsame, aber differenzierte Verantwortung der Staaten entsprechend den jeweiligen besonderen Umständen und Fähigkeiten;

## betonen die entscheidende Rolle der natürlichen Ökosysteme zur Eindämmung des Klimawandels und zur Anpassung daran sowie zur Erhaltung der Lebensgrundlagen; würdigen die Anstrengungen einiger Regierungen und Organisationen der Zivilgesellschaft, das Voranschreiten der Entwaldung zu bremsen. Da diese unzureichend sind, werden die Staaten aufgerufen, den Entwaldungsprozess aufzuhalten und umzukehren;

## ermutigen die Staaten, auf ein einheitliches und rechtlich bindendes System zur Messung, Berichterstattung und Nachprüfung von Daten (MRV) hinzuarbeiten, damit die ergriffenen Maßnahmen und bei der Verringerung erzielten Fortschritte vergleichbar sind und aggregiert werden können;

## betonen, dass die Anstrengungen zur Mobilisierung der zugesagten jährlichen Mittel für den Klimaschutz intensiviert werden müssen und die Zivilgesellschaft mit einbezogen werden soll;

## setzen sich für einen fairen Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung ein, in der die soziale Perspektive in allen Aspekten der Eindämmungs- und Anpassungsmaßnahmen enthalten ist;

## Die Arbeitnehmer und Arbeitgeber und die anderen Akteure der Zivilgesellschaft – insbesondere die Landwirte – sind unverzichtbare Partner bei der Bewältigung des Klimawandels aus wirtschaftlicher und sozialer Sicht. Ebenso wird auf die Notwendigkeit für die Staaten hingewiesen, aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu entwickeln, Beschäftigung und Sozialschutz sicherzustellen und den sozialen Dialog und die Tarifverhandlungen fortzuführen;

## begrüßen die Einbindung der Zivilgesellschaft in die Konferenz der Vertragsparteien in Lima und geben der Hoffnung Ausdruck, dass im Vorfeld der Konferenz von Paris ein stärkerer Dialog mit der Zivilgesellschaft auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene stattfindet;

## rufen die Staaten auf, ihre Institutionen zu stärken und die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass lokale Gebietskörperschaften und Gemeinschaften, Wirtschaftsverbände und soziale Organisationen sowie die einzelnen Bürger sich aktiv an der Umstellung auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft beteiligen und in den Genuss der sozialen und wirtschaftlichen Vorteile einer dezentralen, nachhaltigen und sauberen Energieerzeugung kommen können;

## fordern alle Länder auf, ihre jeweiligen Zivilgesellschaften bei der Verwirklichung der angestrebten national geplanten Klimaschutzbeiträge (Intended Nationally Determined Contributions, INDC) einzubinden, da dadurch nationale Prioritäten und Ansichten umfassend berücksichtigt werden können und zugleich die Mitverantwortung der Zivilgesellschaft für die eingegangenen Verpflichtungen sichergestellt werden kann;

## betonen, wie wichtig die Stärkung der lokalen Wirtschaft ist, um die vom internationalen Verkehr verursachten Emissionen zu senken.

# **Für eine Strategie der Zusammenarbeit zum beiderseitigen Nutzen**

Die Teilnehmer:

## sind der festen Überzeugung, dass die Zusammenarbeit, weitere Integration und ein intensiverer Austausch zwischen unseren Regionen wesentliche Faktoren für eine nachhaltige Entwicklung sind;

## begrüßen die Verknüpfung beider Regionen durch Infrastrukturprojekte, die den umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Kriterien genügen, und rufen die Regierungen auf, ihre Investitionen in die notwendige Infrastruktur aufzustocken, da es sich dabei um einen wichtigen Motor für Wachstum, mehr Wirtschaftsaustausch und eine größere gebündelte Gesamtnachfrage handelt;

## fordern die Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) auf, den Weg hin zu einer regionalen Integration als Instrument für mehr Stabilität fortzusetzen, und ersuchen die EU, diese Initiativen auch weiterhin zu unterstützen und zu finanzieren;

## betonen, dass Handels-, Assoziierungs- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen Gremien für ihre Überwachung durch die Zivilgesellschaft mit folgenden Elementen vorsehen sollten:

* + Beteiligung an allen Teilen der Abkommen mit beratender Funktion und der Fähigkeit, in Eigeninitiative Schlussfolgerungen oder Empfehlungen vorlegen zu können;
  + Gewährleistung der Finanzierung dieser beratenden Gremien, darunter mindestens eine gemeinsame Sitzung pro Jahr;

## fordern die EU auf, die Einstufungskriterien des Allgemeinen Präferenzsystems stärker abzustufen und dabei Indikatoren anzustreben, die eine Weiterentwicklung gegenüber den derzeitigen darstellen;

## erkennen die Bedeutung größerer Investitionsströme in beide Richtungen an und unterstreichen ihr Potenzial, zur wirtschaftlichen Entwicklung in beiden Regionen beizutragen;

## weisen auf das Potenzial der öffentliche Auftragsvergabe als Katalysator der nachhaltigen Entwicklung hin und fordert die Parteien auf, ein günstiges Klima für die Förderung sozialer und ökologischer Zielstellungen zu schaffen, wozu menschenwürdige Arbeit, hochwertige Dienstleistungen für alle, die Entwicklung von Energieeffizienz und Umweltschutz, die Förderung der Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen und die Korruptionsbekämpfung gehören; unterstützen öffentliche und private Investitionsprogramme als ein wichtiges Instrument zur Förderung der Entwicklung;

## empfehlen den Ländern, ihr Investitionsklima dadurch zu verbessern, dass sie Agenturen für die Förderung des Handels aufbauen und die Verfahren vereinfachen, um für Investitionen attraktiver zu werden;

## erkennen die Bedeutung der Sozialwirtschaft bei einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung als Ergänzung zu anderen Formen der Wirtschaftstätigkeit und -organisation an;

## sprechen sich für die Schaffung stabiler und verlässlicher rechtlicher Rahmenbedingungen in allen Ländern als Garantie für die Investitionen und Arbeitnehmerrechte und zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung vor Ort aus;

## fordern die EU auf, die Entwicklungshilfe in den schwächsten Entwicklungsländern der CELAC aufzustocken, da sie ein wertvoller Beitrag zur Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts und nach wie vor eine wichtige Finanzierungsquelle für Teile der Region ist;

## weisen darauf hin, dass die Migrationsströme und der Wissensaustausch entscheidende Faktoren für eine stärkere Integration zwischen den beiden Regionen sind;

## unterstützen die Verbesserung der Bildungs- und Berufsbildungssysteme, die Förderung des Austausches im Bereich Bildung und Ausbildungspraktika zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt; fordern zudem die Staaten auf, ihre Bemühungen um einen Austausch auf andere Bereiche des Bildungssektors wie den Austausch von Lehr- und Forschungskräften auszuweiten und ihre Anstrengungen zur gegenseitigen Anerkennung von Studienabschlüssen zu verstärken;

## fordern die Anerkennung und Stärkung der in den verschiedenen Regionen bestehenden institutionellen beratenden Einrichtungen der Zivilgesellschaft bzw. dort, wo solche Einrichtungen noch nicht existieren, ihre Schaffung auf der Grundlage eines Konsens zwischen allen Interessengruppen; unterstützen in diesem Zusammenhang die Entwicklungshilfeprogramme der EU in der Karibik und anderen Regionen der CELAC und fordern den Ausbau dieser Art der Zusammenarbeit zwischen beiden Regionen.

# **Ungleichheit**

Die Teilnehmer:

## betonen, dass zwischen der Förderung der Gleichheit und der nachhaltige Entwicklung ein direkter Zusammenhang besteht. Sozialer Schutz und Umverteilungsmaßnahmen sind nicht das Endergebnis von Wachstum, sondern Instrumente auf dem Weg zum Wachstum;

## betonen die Notwendigkeit eines hochwertigen und kostenlosen öffentlichen Bildungswesens für alle als eines der wichtigsten Instrumente für die Schaffung von Chancengleichheit und die Verringerung von Armut;

## unterstützen eine Beschäftigungspolitik, die auf den Abbau von Ungleichheiten und des geschlechtsspezifischen Lohngefälles, die Förderung des Unternehmergeistes, die Anhebung der Löhne auf ein existenzsicherndes Niveau und die Verringerung der Zahl der "erwerbstätigen Armen" abzielt;

## weisen nachdrücklich auf die Notwendigkeit inklusiver sozialer Schutzsysteme insbesondere in den Bereichen Ernährung, Gesundheit und medizinische Versorgung, Altersversorgung, Schutz der Kinder und Arbeitslosigkeit hin;

## erkennen die in den Ländern der CELAC ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Armut und in einigen Fällen zur erheblichen Verringerung der Ungleichheit an, und rufen die Staaten auf, ihre Systeme der sozialen Sicherheit als Instrument zur Vermeidung von mehr Ungleichheit beizubehalten und zu stärken;

## weisen darauf hin, dass sowohl die nachhaltige Entwicklung als auch ein entwickeltes Steuerwesen mit Progression wichtige Instrumente sind, um mehr Steuereinnahmen erzielen und damit öffentliche Maßnahmen zur Verringerung der Ungleichheit finanzieren und ehrgeizigere Sozialschutzprogramme auflegen zu können; unterstützen die Schaffung einer transparenten und effizienten Systems der Mittelverwendung;

## verurteilen die Zunahme von Armut und Ungleichheit in einigen Ländern und insbesondere deren Auswirkungen auf die Lebensweise und die Ernährungssicherung der Kleinbauern, wobei diese Probleme vor allem in den von den Wirtschaftskrisen und den zu ihrer Bekämpfung ergriffenen Maßnahmen besonders betroffenen Ländern verschärft werden; fordern die Bereitstellung angemessener Mittel, um diesen Trend umzukehren, wozu auch der Zugang zur Finanzierung und ehrgeizigere Sozialprogramme einschließlich einer menschenwürdigen und dauerhaften Beschäftigung zur Bekämpfung der Armut gehören;

## fordern die Regierungen auf, Programme zur Beseitigung von Diskriminierung und zur beruflichen Aus- und Weiterbildung speziell für Jugendliche, Frauen, ältere Menschen und/oder Menschen mit Behinderung sowie Angehörige von ethnischen Minderheiten und indigenen Völkern aufzulegen und/oder auszubauen, da diese im Allgemeinen stärker von Ungleichheit betroffen sind;

## erkennen den Beitrag des Genossenschaftswesens zur Verringerung von Ungleichheiten und seine Rolle als Modell für den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenschluss zur Stärkung der demokratischen Governance an.

# **Informeller Sektor**

Die Teilnehmer:

## verstehen unter dem informellen Sektor Tätigkeiten, die den aus der formellen Wirtschaft ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen Zuflucht und Überlebensstrategien bieten, und definieren nicht angemeldete Erwerbstätigkeit als besondere Form des Betrugs, der Verletzung von Arbeitnehmerrechten und des unlauteren Wettbewerbs mit dem formellen Wirtschaftssektor; beide Phänomene treten gemeinsam auf und sind das Ergebnis eines Entwicklungsrückstands;

## fördern das nachhaltige Unternehmen innerhalb des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung;

## betonen die Notwendigkeit eines Übergangs von der informellen zur formellen Wirtschaft als Instrument für die Verbesserung der Sicherheit und des Schutzes der Arbeitnehmer, die Steigerung der öffentlichen Einnahmen, die Ausweitung der sozialen Rechte und die Förderung der Unternehmensentwicklung; verweisen darauf, dass die informelle Wirtschaft in vielen Ländern struktureller Art ist und eine stärkere institutionelle Unterstützung für den Übergang in die formelle Wirtschaft notwendig ist;

## verweisen auf das weit verbreitete Problem der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit; weisen darauf hin, dass Maßnahmen zur Vereinfachung der Verwaltungsverfahren, insbesondere bei der Anmeldung von Unternehmen, zu entsprechenden Zeit- und Mittelersparnissen bei der Einhaltung der Vorschriften führen wird; fordern eine stärkere Rolle des öffentlichen Sektors bei der Durchsetzung des Rechts, um so nicht angemeldete Arbeit zu verhindern bzw. davon abzuschrecken;

## ersuchen die Institutionen, die strukturellen Ursachen der Unterbeschäftigung, des informellen Sektors und nicht angewählter Erwerbstätigkeit zu untersuchen, um geeignete Strategien im Hinblick auf die Lösung dieser Probleme zu entwickeln und umzusetzen;

## fordern die Regierungen nachdrücklich auf, aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie soziale Transferleistungen für einkommensschwache Haushalte oder die Einführung bzw. Ausweitung von Arbeitslosenunterstützung zu entwickeln, um zu verhindern, dass Arbeitnehmer aus wirtschaftlicher Notwendigkeit im informellen Sektor tätig werden;

## empfehlen den Staaten, als Mittel zur Zurückdrängung der Schattenwirtschaft das Wachstum von KMU und Genossenschaften zu fördern. Vereinfachte Anmeldeformalitäten, Kreditlinien oder steuerliche Sonderregelungen werden die formelle Wirtschaft für diese Unternehmen attraktiver machen;

## empfehlen die Entwicklung von Ausbildungsprogrammen, die die Mobilität und den sozialen Aufstieg der in der Schattenwirtschaft tätigen Arbeitnehmer ermöglichen und ihre Chancen auf eine reguläre Erwerbstätigkeit erhöhen;

## zeigen sich besorgt angesichts des hohen Frauenanteils in der informellen Wirtschaft; fordern die Regierungen auf, den Frauen sowie jungen Menschen, Menschen mit Behinderung und Angehörigen indigener Völker und anderer gefährdeter Bevölkerungsgruppen besondere Beachtung zu schenken;

## unterstützen die gesetzliche Regelung neuer, insbesondere mit neuen Technologien verbundener Formen der Erwerbstätigkeit, um sicherzustellen, dass sich diese innerhalb der offiziellen Wirtschaft entwickeln;

## verteidigen die Vereinigungsfreiheit bzw. das Vereinigungsrecht des Übereinkommens Nr. 87 der IAO.

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_